



## BASis Info 7/2010

### Neues von der Duisburger SPD-Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

Liebe Leserinnen und Leser, neun Monate ist Schwarz-Gelb an der Macht – neun Monate eines politischen Debakels ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit 270 Tagen spielen Union und FDP jetzt schon die längsten je geführten Koalitionsverhandlungen, die noch immer ohne Ergebnis sind. Führungslosigkeit, Chaos und Streit ohne Ende. Ministerrücktritt in Rekordzeit. Eine Rekordzahl von Kommissionen, in denen Entscheidungen auf die lange Bank geschoben werden. Das Kabinett ist eine Nichtregierungsorganisation von Show- und Ankündigungministern, Ausweichkünstlern und Totalausfällen. Die faulste Regierung aller Zeiten hat erkennbar Probleme, ihre Plenarzeit sinnvoll zu füllen. Noch nie gab es weniger ernsthafte Gesetzesinitiativen.

Der Gipfel des Chaos war die Bundespräsidentenwahl. Am Vorabend hätte ich noch wetten können, dass Christian Wulff bereits im 1. Wahlgang gewählt wird. Nur hätte niemand gegen mich gewettet. Niemand hat hier in Berlin er-

wartet, dass Christian Wulff nur 3. Wahl ist. Mit den Stimmen der Linkspartei hätte Joachim Gauck sogar im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichen und Bundespräsident werden können.

Wenn sich Union und FDP mal auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen, dann ist der Kompromiss verheerend für alle Beteiligten. Die Eckpunkte zur Gesundheitsreform sind ein Offenbarungseid der schwarz-gelben Gesundheitspolitik. Auf Seite 2 habe ich Auszüge aus meiner Plenarrede vom 7. Juli gestellt. Ein Beispiel dafür, wie Schwarz-Gelb zur Koalition des politischen Betrugs geworden ist. Die „Netto-Lüge“ ist nur ein Beispiel. Weitere Beispiele für Wortbrüche und Fehlleistungen der Regierung habe ich unter [www.baerbelbas.de/neuigkeiten.html](http://www.baerbelbas.de/neuigkeiten.html) auf meine Homepage gestellt.

„Mehr Netto vom Brutto“, lautete das zentrale Wahlversprechen von Schwarz-Gelb und das wurde in den letzten Monaten Stück für Stück abgeräumt. Jetzt erhöhen Union und FDP einfach die Abgaben für gesetzlich Kranken-

versicherte, weil sie keine Ideen für die Zukunft unseres Landes haben. Am Ende steht weniger Netto vom Brutto auf dem Lohnzettel der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und ungerecht-hohe Belastungen für Millionen Rentnerinnen und Rentner.

Nach der Sommerpause wird Deutschland ein Jahr lang nicht mehr regiert sein. Zu den Negativrekorden der Koalition gehört auch der wirklich dramatische Vertrauensverlust. Durch den Verlust der schwarz-gelben Bundesratsmehrheit wächst das Gewicht der Opposition. Wir werden mit Tatkraft, Verantwortungsbewusstsein und Gestaltungskraft unseren Kurs nach der Sommerpause fortsetzen.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine schöne und erholsame Sommerzeit.

Herzliche Grüße



# Offenbarungseid der schwarz-gelben Gesundheitspolitik

Die Bundesregierung schlägt mit ihrer so genannten Gesundheitsreform einen Sargnagel in die Gesetzliche Krankenversicherung. Das Ergebnis von neun Monaten Koalitionsstreit ist ein Offenbarungseid der schwarz-gelben Gesundheitspolitik. Bundesgesundheitsminister Dr. med. Philipp Rösler knickt vor der Lobby ein - Nullrunden oder Einsparungen wird es mit der Klientelpartei FDP nicht geben. Die Zeche zahlt allein der Versicherte. Damit beerdigt die Bundesregierung ihre Pläne zur grundsätzlichen Reform des Gesundheitswesens. Der Gesundheitsminister hat die Latte selbst sehr hoch gelegt - um so tiefer ist nun sein Sturz. Die logische Konsequenz ist die Auflösung der bedeutungslosen Regierungskommission und der Rücktritt des Gesundheitsministers.

Die Regelung für Zusatzbeiträge ist unsozial, willkürlich und bürokratisch. Röslers Minimal-Sozialausgleich ist so gering, dass er noch nicht mal den Schein wahren kann. Mehrbelastungen bei Geringverdienern wird er kaum ausgleichen können. Zudem muss die Finanzierung des Sozialausgleichs jedes Jahr aufs Neue mit dem Bundesfinanzminister verhandelt werden. Die Quittung zahlen die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.

An die Gesetzliche Krankenversicherung und ihre Versi-

cherten hat die Koalition offensichtlich als letztes gedacht. Die Gesetzliche Krankenversicherung wird nicht nachhaltig gestärkt. Im Gegenteil: Durch Beitragserhöhungen und Zusatzbeiträge wird auch noch der letzte freiwillig Versicherte aus der Gesetzlichen Krankenversicherung vertrieben. Übrig bleiben nur die Versicherten, die bleiben müssen. Wahlfreiheit ist für die FDP die Freiheit der Besserverdienenden. Die Regierung hat die Chance vertan, ein gerechtes Gesundheitssystem und einen solidarischen Ausgleich zwischen Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung zu schaffen.

Am 7. Juli hatte ich die Möglichkeit in einer aktuellen Stunde zu „Perspektiven der Gesundheitspolitik“ im Plenum des Deutschen Bundestages Gesundheitsminister Philipp Rösler persönlich meine Meinung zu sagen. Hier ein paar Auszüge:

„Sind Sie, Herr Minister, nicht mit dem Ziel angetreten, alles gerechter, sozialer, stabiler, transparenter aber vor allem anders zu machen als ihre bisherigen Vorgänger im Amt? Was ist denn von ihren Ankündigungen übrig geblieben? NICHTS ist davon übrig geblieben!“

„Schauen wir uns die Zahlen doch mal an. Durch ihre Vorschläge wird die Wirtschaft und die Versicherten mit 6

Milliarden Euro belastet. Im Vergleich dazu schonen Sie, Herr Minister, ihr Klientel, in dem Ärzte, Krankenhäuser und Pharmaindustrie nur 3,5 Milliarden vom 11 Mrd. Defizit tragen. Nennen sie das gerecht? Ich nicht.“

„Unvermeidbare Ausgabensteigerungen werden durch Zusatzbeiträge der Versicherten finanziert. Mit diesem Satz haben Sie die Katze aus dem Sack gelassen. Ab 2012 zahlen die Mitglieder der GKV die Zeche also alleine. Das nenne ich weder gerecht noch sozial ausgewogen.“

„Sie haben sich scheinbar überhaupt nicht damit beschäftigt, welche Bürokratie die Ausweitung der Zusatzbeitrag bei Krankenkassen verursacht. Die Deutsche BKK wird 2010 rund 12 Mio. € und damit ca. 10 % der gesamten Verwaltungskosten nur für den Zusatzbeitrag aufwenden. Für diese Summe könnten ca. 6.000 Rehabilitationsmaßnahmen oder 3.000 Mutter- oder Vater-Kind-Kuren bezahlt werden.“

„Der Staat ist ein teurer Schwächling, sagt ihr FDP-Generalsekretär Lindner. Jetzt weiß ich endlich, wen er wohl damit gemeint haben muss. Seinen Gesundheitsminister, Sie Herr Rösler.“

[Meine vollständige Plenarrede im Deutschen Bundestag vom 8. Juli gibt's hier mit einem Klick als Video.](#)



## Besuch beim neuen Duisburger ASF-Vorstand

Am 21. Juni war ich zu Gast bei der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes der Duisburger Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. Christa Pfeffer hatte sich nach 16 engagierten Jahren aus der 1. Reihe zurückgezogen. Dafür wählten die Frauen mit großer Mehrheit Martina Stecker aus meinem Ortsverein Neudorf zur neuen Vorsitzenden. Ute Heuveldop wurde als zweite Stellvertreterin bestätigt, Sarah Philipp zur Schriftführerin, Ilonka Frese zur stellv. Schriftführerin und Anna Junk zur Bildungsreferentin gewählt. Dazu kommen 13 Beisitzerinnen.

Im Ernst-Ermert-Seniorenzentrum diskutierten wir kurz vor den letzten beiden Sitzungswochen vor der Sommerpause über die aktuelle Politik in Berlin. Dabei stand die Gesundheitsreform ebenso auf der Tagesordnung wie die Vorbereitungen für die Bundesversammlung und das „Sparpaket“ der Bundesregierung.

**Lesestunde im Kindergarten Immendal:** Am 21. Juni hatte ich einen eher außergewöhnlichen Wahlkreistermin: Ich durfte im Kindergarten Immendal den Kindern aus der "Der Ernst des Lebens" vorlesen. Wie man sieht, hatten wir Spaß.

## Mit Empathie für mehr Chancengerechtigkeit

Chancengerechtigkeit ist für mich eine Herzensangelegenheit. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, die noch junge Frauengruppe Empathie aus meinem Wahlkreis kennenzulernen.

Bei der Frauengruppe Empathie haben sich vor einem halben Jahr 12 junge, gutausgebildete und engagierte Frauen zusammengetan, die alle eines gemeinsam haben:

Ihre Zuwanderungsgeschichte. Diese jungen Frauen wissen sehr genau, was Chancengleichheit im wahren Leben bedeutet und wie schwer es Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft leider immer noch haben. Ich habe unsere SPD-Positionen vorgestellt und wir haben gemeinsam diskutiert wie wir mehr Chancengerechtigkeit schaffen können.

## +++Auszug aus meinem Kalender+++

+++10.07.: Spiel um Platz 3 bei der Fußball-WM in Südafrika: Deutschland - Uruguay+++

+++11.07.: Grußwort und Ehrung der Jahresbesten bei der Lossprechungsfeier der Friseur-Innung Duisburg+++

+++18.07.: Teilnahme an der „Längsten Tafel der Welt“ auf der A40 im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010+++

+++19.07.: Treffen mit den Genossinnen und Genossen der SPD-Betriebsgruppe der Sparkasse Duisburg+++

+++20.07.: Gespräch zum Thema Ferienbaustelle bei der THS Wohnen, wo ich Jury-Mitglied werden soll+++

+++25.07.: Referat zum aktuellen Stand der Gesundheitsreform bei der AWO Stadtmitte+++



**Verstärkung in Berlin:** Ann Hillig ist seit 1. Juli meine neue Studentische Mitarbeiterin in Berlin. Sie studiert „Management und Qualitätsentwicklung im Gesundheitswesen“ an der Alice Salomon Hochschule und wird in meinem Büro insbesondere das Thema "Kinder- und Jugendgesundheit" betreuen.

## Ein Haushaltsentwurf zum Kopfschütteln

Am Mittwoch hat die Bundesregierung den Haushaltsentwurf 2011 und die Finanzplanung bis 2014 beschlossen. Man kann wieder nur den Kopf schütteln. Das kürzlich beschlossene unsoziale "Sparpaket" der Koalition prägt Haushalt und Finanzplanung. Vor allem die sozial Schwachen zahlen für schwarz-gelbe Steuerprivilegien und Klientelgeschenke. 57,5 Milliarden Euro neue Schulden wird der Bundesfinanzminister 2011 aufnehmen. Konkret gespart wird bei der Förderung von Arbeitslosen, beim Elterngeld, der Rentenversicherung und des Heizkostenzuschusses

für Arbeitslose. Luftig und unklar bleibt die Regierung da, wo es um die Beteiligung der Finanzbranche geht. Eine Finanzmarktsteuer konnte beim Treffen der G20 in Toronto international nicht vereinbart werden. Andere Luftbuchungen im Haushaltsentwurf sind die Ticketabgabe im Flugverkehr (1 Milliarde Euro) oder der sogenannte „Beitrag der Kernenergiewirtschaft“ (2,3 Milliarden Euro).

Bei keinem dieser Punkte ist erkennbar, wie er ausgestaltet und durchgesetzt werden soll. Die erste Lesung des Haushalts Mitte September ist die Stunde der Wahrheit für die Bundesregierung.

## Neues aus meinem Tagebuch

Mehr als 3000 Mails habe ich von Bürgerinnen und Bürgern bekommen, die sich für Joachim Gauck als Bundespräsidenten ausgesprochen haben. Das ist ein gutes Zeichen für unsere Demokratie und deshalb habe ich alle Mails aus meinem Wahlkreis natürlich gerne beantwortet. Joachim Gauck hat viele Menschen für die Demokratie zurückgewonnen und neu begeistert. Ich hoffe, diese neue Begeisterung bleibt.

Die Bundesregierung hat wohl keine Lust mehr ihre eigene Politik im Plenum zu sprechen. In der aktuellen Stunde zu „Perspektiven der Gesundheitspolitik“ verzichtete die CDU-Abgeordnete Ma-

ria Michalk auf ihre Rede, packte ihr Manuskript und ging. Wer geht als Nächstes?

In Südafrika hat's leider noch nicht für den Weltmeistertitel gereicht. Trotzdem war es auch im Bundestag eine besondere Zeit, die sogar Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse zur Ablehnung von Zwischenfragen in der Plenarsitzung vor dem Spiel gegen Serbien brachte. Begründung „Wir haben dafür jetzt keine Zeit, sie wissen warum“. Übrigens: Der Gesamtsieg beim Bas-Pflug-Team-Tippspiel ist dem Team Bas schon vor dem Finale nicht mehr zu nehmen und in vier Jahren wird Deutschland dann Weltmeister.



Bis nächstes Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

### Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

Baerbel.bas@bundestag.de

[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)